

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 14 Rpfl. Die 29 mm breite mm-Zeile im Tegetteil 1,10 RM. Rabatt nach Stoffl. D. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Zeitgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpfl. ausf. Postl. für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. einl. 45 Rpfl. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandentlohnungen für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpfl., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpfl.

Postadresse: Dresden-K. 1. Postfach - Fernruf: Drisdorfstraße 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 - Teleg.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Altlerichstr. 4 a; Fernruf: Aurfürst 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Nachträgliche Einwendungen ohne Rücksicht werden weder juristisch noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erhaltung des entsprechenden Anzeigens

Nr. 70 x

Sonntag, 23. März 1935

43. Jahrgang

Göring spricht vor dem Staatsrat

„Wohlabgewogene Worte“ Simons - Der französische Kriegsminister fordert weitere Rüstungsverstärkung - Der Führer in Wiesbaden

Englischer Versuchsballon?

Der Gedanke einer Viererkonferenz - Londoner Interesse für die deutsche Flotte

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 22. März

In großen Ueberrissen werden die Londoner Blätter darauf hin, daß Deutschland den französischen wie auch den italienischen Protest zurückgewiesen habe. Im übrigen verziehen sie darauf, die Noten umfänglich zu kommentieren. Das Hauptinteresse wendet sich jetzt den Reisen Eden und Simons zu.

Lordfischelbewahrer Eden wird heute abend nach Paris fliegen.

Man rechnet in England damit, daß die Pariser Besprechungen den ganzen Tag andauern werden, so daß Eden erst während der Nacht nach Wiesbaden wird reisen können, wo er sich dann mit Sir John Simon trifft, um gemeinsam mit dem Außenminister nach Berlin zu fliegen. In unterirdischen Kreisen glaubt man zu wissen, daß Eden in Paris im wesentlichen darauf beschränkt wird, die Ansichten der anderen Mächte anzuhören und nötigenfalls vermittelnd einzutreten.

Angewandte Bindungen der englischen Politik auf Grund der morgigen Besprechungen seien völlig ausgeschlossen.

Wie sehr schließt, wird Eden nach der Rückkehr aus Moskau und Paris an, und zwar am 4. April, einen Besuch in Prag abhalten. Welche große Bedeutung man den Reisen Edens und Simons zumißt, zeigt die Tatsache, daß beide von einem großen Stabe begleitet werden. Obwohl Frankreich mit allen Mitteln versucht, England von der Wichtigkeit seiner Maßnahmen zu überzeugen, hält man in London an dem Standpunkt fest, daß man mindestens

die Völkerbundsanrufung ein Mißverständnis, dem jeder praktische Wert abgesprochen sei. Es sei möglich, so erklärt man hier, daß eine Mehrheit der Völkerbundsmächte ihr Votum dahingehend abgeben, daß Deutschland den Vertrag verweigert habe. Aber ein Mißverständnis bedürfte der Einklärung, und die sei nicht zu erreichen. Polen werde sich nicht in die anti-deutsche Front einspannen lassen, und von den übrigen 15 im Rat vertretenen Ländern sei zumindest die Ansicht einer Anzahl kleinerer Staaten noch durchaus zweifelhaft. Das englische Volk hat alle innenpolitischen Differenzen im Hinblick auf die kommenden Reisen völlig zurückgelassen, und man kann, was besonders die richtige Unterhausdebatte deutlich gemacht hat, sagen, daß Sir John Simon und Eden wirklich im Namen des ganzen englischen Volkes sprechen. Mit großem Interesse wird es aufgenommen, daß Simon gestern von der Möglichkeit einer

Einladung an Deutschland zur Teilnahme an den englisch-französisch-italienischen Besprechungen

gesprochen hat, die nach der Rückkehr von den Reisen Edens und Simons in Italien, wahrscheinlich in Como, stattfinden sollen. Auch in der heutigen Morgenpresse gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland an dieser Konferenz teilnehmen werde. Immer wieder unterstreicht man, daß England nicht anders sein sollte als ein ehrlicher Akteur, dessen Bemühungen auf eine Verdröhnung des europäischen Kontinents gerichtet sind. Welt stärker als das Land aber interessiert England natürlich

die Flottenfrage.

In der englischen Presse trifft man bereits phantastische Angaben über die angeblichen deutschen Absichten. Diesen Darlegungen treten die „Times“ deutlich entgegen, wenn sie schreiben, daß kein Grund zur Annahme bestehe, daß in dieser Hinsicht Hitler „unmögliche Bestrebungen“ verfolgte. Da man aber nicht wünscht, daß man in der Flottenfrage vor eine „vollendete Tatsache“ gestellt werde, müsse die Flottenfrage gleich zu Beginn der Berliner Besprechungen aufgeworfen werden.

Die Trauerflote fallen

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 22. März

Der Bundesführer des NS, Deutscher Frontkämpferbundes (Stahlhelm), Reichsarbeitsminister Franz Selbke, hat, wie der Frontkämpferpressebericht mitteilt, verfügt, daß aus Anlaß der Wiedereinführung der Wehrhoheit des deutschen Volkes durch den Führer und Reichsführer an den Fahnen des Bundes die Trauerflote fallen. Das Ablegen der Trauerflote hat in feierlicher Form zu geschehen.

Die geschichtliche Wende

Ehre und Freiheit der Nation - Der Ausbau des Reiches nach innen

× Berlin, 22. März. (Durch Funkspruch)

Am Tage der zweijährigen Wiederkehr des Staatsaktes von Potsdam hatte Ministerpräsident General Göring den preussischen Staatsrat zu einer Arbeitsstunde im Preussenhause einberufen. Ministerpräsident Göring eröffnete die Arbeitsstunde mit einer längeren Ansprache, in der er grundsätzliche Gesichtspunkte für die Behandlung der wirtschaftlichen und kulturellen Probleme gab, zu denen dann noch Reichsminister Raut und Reichsbaupräsident Schacht in ihren Referaten eingehende Ausführungen machten.

Anknüpfend an das Erlebnis von Potsdam führte Ministerpräsident Göring aus, daß damals wohl niemand zu hoffen gewagt habe, daß der Führer sein hohes Ziel, dem Reiche und der Nation Ehre und Freiheit wiederzugeben, so schnell verwirklichen würde, wie dies inzwischen geschehen sei. Der preussische Staatsrat habe ein besonderes Recht, die Bedeutung dieser geschichtlichen Wende zu überdenken und sich des großen Geschickens bewußt zu werden, das eine vielfach geradezu überwältigende Reaktionskraft mit verangenehten großen Zeiten der preussischen Geschichte aufweise.

Göring fuhr fort: Ueber den alles beherrschenden Eindruck der letzten Tage wollen wir aber nicht ver-

gessen, welche Fortschritte seit dem Staatsakt in Potsdam vor zwei Jahren auch der Ausbau unseres Reiches nach innen gemacht hat:

die Einheit des politischen Willens ist fest gegründet

und gegen jeden Angriff gesichert worden. Die alleinige Geltung der Reichsgewalt ist seit Jahrhunderten zum ersten Male festgesetzt und durch immer neue Maßnahmen vertieft worden. Die Gleichrichtung von Partei und Staat hat höchste Fortschritte gemacht, die organische Weiterführung dieses Prozesses ist gesichert. „Alle Aufgaben“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „die zur Durchführung des Reichsaufbaues seit der Machtergreifung zu erfüllen waren, konnten unter der starken Hand des Führers nur deshalb in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigt werden, weil für ihre Durchführung

der Schwung der in der NSDAP. zusammengehaltenen Energien

zur Verfügung standen. An dieser Arbeit hat auch die Beamtenschaft - nach der notwendigen Reinigung von politisch und charakterlich unzuverlässigen und indifferentsen Elementen - einen wesentlichen Anteil. Der Schwung des Reiches nach außen und Einrichtung und Ausbau des Reiches nach innen, das sind und bleiben die wichtigsten Ziele unserer nationalsozialistischen Aufbaubarbeiten.

Aufgaben der Wirtschaft und Erziehung

Daneben stehen aber noch andre Aufgaben, die erfüllt werden müssen, und die immer mehr in den Vordergrund treten. Unter ihnen sehe ich zwei zu immer größerer Wichtigkeit herauszuweisen:

1. Die Sicherung der wirtschaftlichen Befähigung des Reiches auch für die Zukunft und damit die Sicherung von Brot und Arbeit für alle Volksgenossen durch eine zweckentsprechende und fruchtvolle Wirtschaftspolitik.

2. Die Fortführung und Vertiefung der Erziehung des deutschen Volkes zur unerschütterlichen Erkenntnis und zur reiflichen Beistimmung im Dienste der nationalsozialistischen Idee durch eine auf dieses Endziel abgestellte Kulturpolitik.

Die Unternehmerrchaft wird sich davon hüten müssen, daß infolge der heutigen Aufträge

die eigene Initiative

einschränkt. Diese Gefahr erscheint zur Zeit vor allem mit Rücksicht darauf vorliegend, daß auf dem Binnenmarkt verhältnismäßig mangelhaftes Erzeugnis erzeugt werden können, während der Export schwieriger und oft wenig lohnend, wenn nicht gar verlustbringend ist. Der neue Staat hat aber feierlich Interesse daran, die Wiederherstellung des Arbeitslosenunternehmens zu begünstigen; er wird vielmehr alle Maßnahmen treffen, um

die Wiederkehr derartiger Erscheinungen der Krieges- und Nachkriegszeit, die für uns heute völlig unerträglich sein würden, zu verhindern.

Darüber hinaus muß er aber auch von der Wirtschaft verlangen, daß sie ihre nationale Pflicht erfüllt. Dazu gehört unter den gegebenen Verhältnissen vor allem auch eine möglichst rege Betätigung im Export. Auch auf der Arbeitsmarkterseite muß dafür gesorgt werden, daß sich im Rahmen einer Sonderkonjunktur keine unerwünschten Erscheinungen entwickeln, die zu unerträglicher sozialer Ungerechtigkeiten führen.

Die allgemeine Forderung des Lebensaufbaues des Volkes ist und bleibt das Ziel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik.

Leider sind wir heute noch nicht in der Lage, diese Aufgabe vollkommen zu lösen, ja, es fällt noch immer, den Reiz von Arbeitslosen überhaupt erst einmal wieder in die Arbeit zu bringen. Diese Situation stellt hohe Anforderungen an Einsicht und guten Willen der Arbeiterschaft. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, hier einmal auszusprechen, wie rückhaltlos ich die Haltung des deutschen Arbeiters anerkenne und bewundere.

Dem Nationalsozialismus wird der soziale Ausgleich auf die Dauer nur dann gelingen, wenn er es

versteht, durch soziale Leistungen und Taten soziale Spannungen zu beseitigen und zu vermindern. Es muß immer wieder betont werden, daß für uns der Mensch in seiner Ganzheit im Mittelpunkt der Erziehungsarbeit steht und daß wir nicht, wie die schwächlichen Bildungsplaner der vergangenen Zeit,

Körper und Charakter

von der Schulung auscheiden können. Eine wirkungsvolle Arbeit der Schule erfordert mir unbedenklich ohne eine starke Verankerung der Autorität. In die gleiche Linie gehört das Festhalten an dem nationalsozialistischen Grundgedanken, daß

wer befehlen will, erst gelernt haben muß, zu gehorchen.

Das wird nach der ersten Zeit des Uebergangs nunmehr auch von überreifen Mitaliefern unter Jugendorganisationen mehr als bisher beherzigt werden müssen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wird die Arbeit auf diesem Gebiete aus wirkungsvolleren unterliegen. Schließlich wird auch die Frage zu prüfen sein, wie weit- undwärtige Kämpfe auch auf religiösem Gebiet von der Schule ferngehalten werden, damit in der Schule keine Zersplitterung und Unsicherheit entsteht, die den Erziehungszweck leicht gefährden kann.

Im Hinblick auf die Ausführungen Görings sprach Reichsminister Raut über die Grundzüge der nationalsozialistischen Erziehung und Bildung und Reichsbaupräsident Schacht über grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik.

Geldspenden für den Aufbau der Wehrmacht

DNB, Berlin, 22. März. (Durch Funkspruch)

Der Reichswehrminister gibt bekannt:

Aus allen Kreisen des deutschen Volkes gehen täglich beim Reichswehrministerium Geldspenden und Aufwendungen von Geldspenden ein, die als Beitrag zum Aufbau der Wehrmacht bestimmt sind. Meinen herzlichsten Dank für all die Beweise einer großen Opferbereitschaft verbinde ich mit der Bitte, ausgabe und künftige Beiträge dieser Art einzusparen auf das Konto „Wehrbank“ bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Stadtzentrale Abteilung A, Berlin W 8, Mauerstraße 28/27.

Einzahlungen auf dieses Konto nimmt auch jede Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft im Reich an. Damit ist gewährleistet, daß alle Spenden ohne Verlust ihrer Bekleidung zugewandt werden.

Laute Sprache und gutes Gedächtnis

Es kommt jetzt weniger darauf an, daß man laut spricht, sondern daß man auch ein gutes Gedächtnis hat. Auch die laute Sprache einer diplomatischen Note kann die Stimme eines solchen guten Gedächtnisses nicht überdecken. Die neuen überreife italienische Proklamator, und in noch weit höherem Maße die französische Proklamator gegen die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland werden überaus von dem „besten Gedächtnis“ der Unwissenheit, der angeblich durch diesen deutschen Entschluß in der Welt hervorgerufen worden ist.

Dieser lauten Sprache leben wir ein gutes Gedächtnis entgegen. Der Jubel der Unterte und der Unwissenheit in Europa und in der Welt ist ganz sicher nicht durch den deutschen Entschluß vom 16. März hervorgerufen worden. Er bestand schon länger, er hat nie aufgehört zu bestehen, ich dem Tage, da die unangenehmen Arbeitsverträge abgeschlossen wurden. Ein genaues ist er gerade in Paris dazu benutzt worden, neue Mißgunstforderungen durchzusetzen oder Abänderungsmaßnahmen zu verwirklichen.

Nur über die wahren Ursachen dieser allgemeinen Unruhe in Europa geht man heute wohlweislich hinweg. Tiefe wahren Ursachen liegen aber in der Kriechhaltung des Abtrünnigeres, sprechend, das der deutschen Erneuerung im Jahre 1918 voraussetzt. Diese Kriechhaltung der feierlich unterzeichneten Verpflichtungen war ein Bruch des Versailler Vertrages. Deutschland hat mehr als einmal auf diese Dinge aufmerksam gemacht, ohne daß es gehört wurde. Deutschland hat immer wieder versucht, trotzdem an einer Abrüstungskonvention mitzuarbeiten. Im Herbst 1931 schloß eine Einigung nahe bevorzustehen. Der deutsche, der englische und der italienische Standpunkt deckte sich in vielen Dingen, näherte sich in anderen in wachsendem Maße. Deutschland wollte dabei so weit entgegenkommen, wie es die Rücksicht auf seine geographische Lage und die daraus hervorgehenden Verteidigungsmaßnahmen nur irgend möglich machte.

Diese erfolgversprechenden Verhandlungen sind infolge des harten Reins des französischen Außenministers Barthou zusammengebrochen. Die Schuld an diesem Zusammenbruch liegt also einzig und allein bei der damaligen Pariser Regierung. Nach der französischen Note vom April 1934 war eine weitere Diskussion ausgeschlossen. Und erst als Deutschland erkannte, daß in Paris auch nicht der geringste Wille bestand, die bereits im Dezember 1932 in Genf feierlich anerkannte theoretische Gleichberechtigung in eine praktische Gleichberechtigung zu verwandeln, haben wir uns aus Notwehr dazu entschlossen, die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen, und zwar zu einer Zeit, da hervorragende Staatsmänner der anderen Seite, A. Mussolini, in ihren Reden ausdrücklich darauf hinwiesen, daß die Zeit der Abrüstungskonferenz vorüber sei, daß keinerlei Aussicht mehr auf umfassende Abrüstung bestehe und daß Italien insofern sich, wie Mussolini damals wirklich sagte, in ein militärisches Land verwandeln müsse.

Wie wenig Frankreich gewillt ist, uns Gleichberechtigung zuzugestehen, wird dadurch bewiesen, daß in der letzten überreichten Note die Frage der Gleichberechtigung überhaupt nicht erwähnt wird, während auf der anderen Seite, wie offen zugestanden sei, die auch im Ton maßvoller gehaltenen italienischen Note ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer Revision von Teil V des Versailler Friedensvertrages auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung hinweist.

Nach den Neuerungen der französischen Zeitungen und nach der Senatsrede Fauberts kann der hoffnungslos negative Charakter der französischen Note niemand in der Welt übersehen. Man sieht ein gefährliches Spiel in Paris. Mit allen Mitteln versucht man, eine Panikstimmung in der französischen Bevölkerung hervorzurufen. Es gibt wahrgenommene Kreise, die einen Erfolg der Verhandlungen Sir John Simons in Berlin von vornherein nicht wünschen. Deshalb hat A. B. die bloße Andeutung Sir John Simons in der letzten Unterhandlung, man könne eine Konferenz unter Teilnahme Deutschlands zur Überbrückung der Schwierigkeiten veranstalten, in Pariser Kreisen geradezu Farnesbrände hervorgerufen. Wenn es nach gewissen Pariser Zeitungen geht, soll überhaupt mit Deutschland nicht verhandelt werden, sondern soll Deutschland, wie es in einem Blatt heißt, öffentlich in Genf „abbrandmarkt“ und dann durch ein großes französisch-russisches Verteidigungsabkommen, dem sich